

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühr

Köln, den 26. März 1932

Erscheint vierteljährig Samstags
Eingangsnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 7

An die christliche Arbeiterschaft!

Das deutsche Volk hat am 13. März in klarer Eindeutigkeit für Hindenburg entschieden. Diese Entscheidung war eine Treuekundgebung zu dem Urbild deutscher Mannhaftigkeit und deutscher Ehre. Sie war eine energische Ablehnung des zerstörenden Radikalismus und seiner vergiftenden Volkszerfischung. Sie war eine Verneinung frevelhaften Diktaturschreies und eine Bejahung des gradlinigen Aufstieges des deutschen Volkes zum freien nationalen und sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat in diesem Wahlkampf für Hindenburg ihre Kraft entscheidend eingesetzt.

Wir dürfen mit Stolz feststellen, daß die Arbeiterschaft, die am schwersten unter der Wirtschaftskrise leidet, ein Beispiel politischer Reife gegeben hat, die geradezu von geschichtlicher Bedeutung für Volk und Vaterland ist.

Die Entscheidung für Hindenburg ist ein voller Sieg. Hätten die Gegner Hindenburgs auch nur eine Spur von politischer Ehrlichkeit, von nationaler Verantwortung und Sorge für das Volk, sie würden der schwer ringenden Nation den weiteren Wahlkampf ersparen. Sie würden wenigstens jetzt vor dem Manne, den das deutsche Volk erwählt hat, zurücktreten. Sie würden zurücktreten, um nicht noch mehr Volkskraft und Volksgut in einem überflüssigen und aufreibenden Wahlkampf zu vergeuden. Sie würden zurücktreten,

Berlin, den 19. März 1932.

um die gefährvolle außenpolitische Lage nicht noch mehr zu erschweren.

Sie wollen es nicht! Sie sind nicht befehrt durch ihre Niederlage. Sie wollen den weiteren Kampf. Sie wollen Arbeiterentrechtung und Diktatur.

Das deutsche Volk nimmt den Kampf auf.

Und die christliche Arbeiterschaft wird ihre ganze Kraft einsetzen, damit der 10. April ein überwältigender Sieg für Hindenburg wird. Hindenburg bedeutet die Einheit und Kraft des Volkes gegen unfruchtbaren Radikalismus. Mag auch die Zahl der Nachläufer des Radikalismus noch gewachsen sein, seiner Kampfkraft ist dennoch der erste schwere Stoß versetzt worden. Je größer der Sieg Hindenburgs, desto entscheidender der zweite Schlag gegen die Abenteuerpolitik des Radikalismus.

Kameraden, Frauen und Männer der Arbeit, tut am 10. April noch einmal in beispielhafter Treue und Disziplin eure vaterländische Pflicht. Gegen Arbeiterentrechtung, Klassenstaat und Diktatur!

Für Hindenburg!

Für Ehre und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft!

Für Ehre und Freiheit des deutschen Volkes!

Für den nationalen und sozialen Volksstaat!

Der Vorstand des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Auferstehung!

Gewerkschaftliche Ostergedanken

Ostertage und Gewerkschaften scheinen auf den ersten Blick nicht in irgendwelchen engeren Beziehungen zu stehen. Und doch hat gerade Ostern und die Auferstehungsgeschichte Bedeutung für unsere christliche Gewerkschaftsarbeit zu sagen. Ganz besonders heute!

Als überzeugte Christen sehen wir ja im Osterfest nicht nur ein Wiederaufleben und Auferstehen der Naturkräfte. Uns bedeutet Ostern mehr! Wir erleben Ostern durch die Tatsache der Auferstehung des Gottessohnes. Froh und stark erfüllt uns die erhabende, sieghafte Gewissheit des christlichen Osterglaubens: Christus siegt! Die Osterbotschaft gibt uns den Glauben an die endliche Erlösung aus Not und Bedrängnis, an die Überwindung von Tod und Leiden in der Auferstehung. Der Sieg des Christentums über Dunkel und Finsternis ist der letzte Sinn des Osterfestes.

So strömen von der Osterbotschaft und aus unserem Glauben an das Auferstehungswunder immer neue, stärkste Lebenskräfte aus. Es sind die Lebenskräfte, die unser Handeln und Wollen im gewerkschaftlichen wie im öffentlichen Leben bestimmen. Frei wollen wir uns machen von Not und Elend; frei von dem Niedrigen,

Menschlichen in uns und um uns. Eine geistige Auferstehung für uns selbst und ein ganzes Volk vorzubereiten, das ist Inhalt und Erfüllung des immer neuen Osterwunders.

Keinesfalls soll dies nun heißen, daß wir den Blick für die nüchternen Gegebenheiten und Tatsachen unserer Umwelt verlieren dürfen. Wir können und dürfen nicht alles nur vom Standpunkt einer verkörperten, hoffnungsvollen Schau her betrachten. Nein, unsere Aufgabe als christliche Gewerkschaftler gebietet uns: beherzt und entschlossen zupacken und die äußeren Lebensbedingungen für den Arbeiterstand gerecht und möglichst gut auszugestalten. Dadurch schaffen wir die Möglichkeiten, daß sich der Mensch im Arbeiter auch geistig entfalten kann. So wird unsere Gewerkschaftsarbeit zum Gottesdienst, so kommt sie in lebendigste Beziehung zum Sinn des Osterwunders der Auferstehung.

Schwer trägt die deutsche Arbeiterschaft an der Last wirtschaftlicher und sozialer Bedrängnis. Harte Jahre der Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau

haben ihre Existenzbedingungen aufs schwerste beeinträchtigt und untergraben, ja Tausende und aber Tausende um den letzten Rest von Existenzsicherheit gebracht.

Die Wirtschaft, in deren Maschen wir alle gefangen sind und uns darin wundzappeln, ist ohne Geist und Seele. Die heutige Wirtschaftsform, die falsch orientierte Geisteshaltung der modernen Unternehmer, bedrohen unser Menschsein. Unheimlich, drohend steigen die unglückseligen Begleiterscheinungen dieses Wirtschaftsegoismus — Klassenkampf, Diktaturgelüste, Bolschewismus — am politischen und wirtschaftlichen Horizont auf. Wir alle fühlen es: Wir leben in einer Zeitenwende. Aber darüber sind wir christliche Gewerkschafter uns vollkommen klar, daß eine Überwindung und Besserung der augenblicklichen Wirtschaftsform nicht nur durch gesetzgeberische Maßnahmen möglich wird. Der menschenfeindliche Klassengehaß kann ebenso wie der blutrünstige, umfärzlerische Bolschewismus und Radikalismus nur durch die Gottesidee überwunden werden. So wird eine Besserung der unhaltbaren, von gegenseitigem Haß zerrissenen Formen unseres wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens im tiefsten Grunde von einer religiösen Umkehr abhängig sein.

Überreichlich haben die letzten Jahre gerade die deutsche Arbeiterschaft mit Not und Sorge bedacht. Bis zur Reize mußte sie den bitteren Vermisbecher leeren. Man kann es verstehen, wenn Bitterkeit und Mutlosigkeit als ständiger Gast am tagen Tische sitzen. Aber — merkwürdig, den größten Jammer führen die Saiten auf. Sie malen grau in grau, voll schlotternder Angst, von ihrem Überfluß an die Darbenden etwas abgeben, von ihrem Überdient etwas zur Umänderung der Volkstun heruntergehen zu müssen. Sie haben sich Bundesgenossen gesucht — und gefunden. Es sind die geistesverwandten, machtstüßernen Radikalbolschewisten vom dritten Reich und von Moskaus Gnaden, die mit der Not ihr besonderes Geschäft zu machen hoffen. Ihnen geht es darum, durch den ihnen künstlich genährten Zweckpessimismus das wirtschaftliche Leben völlig lahmzulegen, damit sie zur politischen Macht gelangen, unbeschränkt herrschen und die anderen um so schlimmer fromen lassen zu können.

Eine entscheidende Etappe auf dem Wege zu dieser Macht sollte die hinter uns liegende Reichspräsidentenwahl sein. Sie ist es geworden, wenn auch noch ein zweiter Wahlgang nötig wurde. Das deutsche Volk hat in erfreulicher Deutlichkeit gegen den faulen Zauber der politischen Hasardeure entschieden. Es hat in seinem überwiegenden, gesunden Kern den Männern Vertrauen ausgesprochen, die keine großen Worte und leeren Versprechungen machen, wohl aber seit Jahr und Tag ihre ganze Kraft einsetzen, daß es endlich besser werde.

Das ist gut so. Die gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft hat in einmütigem, geschlossenem Widerstand den Schrittmachern einer kapitalistischen oder bolschewistischen Diktatur eine klare Abfuhr erteilt. Sie weiß, daß der Sieg Hitlers — als des Kandidaten, der von der reaktionären Schwerindustrie unterstützt und gefördert wird, der von ihr Geld und Lob in Fülle erhält — das Ende der selbständigen Arbeiterschaft und das Ende der Sozialpolitik bedeutet hätte. Sie weiß auch, daß sein wahnstimmtrunkener politischer Dilettantismus nur ein Chaos herbeiführen kann, dessen letzte Etappe ein Sowjet-Deutschland sein müßte.

Dazu darf es nie kommen!

Wie die fanatische Verheißung sich auswirkt und gegen wen sie sich im letzten Ende richtet, zeigte der Wahlsieg mit erschreckender Deutlichkeit. Gewerkschaftshäuser und Konsumvereinsiederlagen wurden von den aufgepeitschten SA-Jordens gestürmt und teilweise zerstört. Also die notwendigsten und wichtigsten Selbsthilfeeinrichtungen der deutschen Arbeiterschaft sind erstes Angriffsziel dieser sich „national“ und „Arbeiterpartei“ nennenden politischen Phantasten. Damit ist ein neuer Beweis geliefert — wenn überhaupt noch ein solcher nötig war — wie notwendig und richtig die klare Frontstellung unserer christlichen Gewerkschaften gegen den Nationalsozialismus war.

Die Arbeiter- und volksfeindlichen Experimente einer Diktatur Hitler im zweiten Wahlgang endgültig und für alle Zeiten zu zerlegen, ist unsere vaterländische Pflicht.

Wenn Vernunft und Besonnenheit wieder die Oberhand bekommen über Phrasen und Hanskasperium, können wir uns aus der lähmenden Krise wieder hochreden. Ob das langsamer oder schneller geht, hängt mit von uns selbst ab. Vertrauen zu unserem eigenen Können und Willen, das bewusste Einsetzen der eigenen Kraft in der Bewegung und durch die Bewegung wird uns helfen, das Mißtrauen und die Riesmacherei zu überwinden.

Sollen wir verzagt und irre werden wie jene Jünger, die nach dem Tode des Erlösers nach Emmaus gingen und sich ihr Leid klagten? Sollen wir voll Kleinmut und Mismut über die augenblicklichen Kämpfe und Schwierigkeiten unsere selbstverständliche Pflicht zur Mitarbeit am Standesstreben unserer christlichen Gewerkschaften vernachlässigen? Sollen wir uns von der Verzagttheit der abletisierenden, ungeschulten Nichtorganisierten anstecken lassen? Nein. Jetzt erst recht müssen alle Kräfte angepannt werden, die Front der entschlossenen Kämpfer für Freiheit und Recht der

Arbeiterschaft zu stärken. Hat denn nicht, trotz aller Widerstände und Gegnerchaft unsere Gewerkschaftsarbeit beachtliche Erfolge gebracht? Und vor allem: Sieht nicht in unserem Kampfe gegen Diktatur, gegen Egoismus und Materialismus die Glaubenslehre unseres Sieghaft auferstandenen Erlösers zu uns?

Unser Wissen um das Auferstehungswunder gibt uns neuen Glauben an unsere Mission und die Kraft, trotz aller Dunkelheit und Not mit troher Zuversicht unseren Weg zu gehen. Richtungsgebend für unser gewerkschaftliches Schaffen ist und bleibt der Sinn der Osterbotschaft: „Die Überwindung von Not und Leid, der Sieg des Lichtes über die Finsternis.“ Das gilt für unser Müssen um unseren Stand, das gilt für unser Ringen um Schicksal und Freiheit unseres Volkes. Ein freier, kraftbewusster Arbeiterstand ist beste Gewähr für nationale Würde und Freiheit.

Deshalb entscheiden wir uns ernsthaft für ein lebendiges Christentum und kämpfen in diesem Geiste für eine neue, christliche, wahre Kultur. Erfüllt von dieser gläubigen Zuversicht und Taubereitschaft wollen wir mit neuem Eifer an unsere gewerkschaftliche Arbeit herangehen, denn wird auch der Erfolg unseres Ringens und Strebens ein neues Ostern, — eine bessere Zukunft für Stand und Volk sein.

verleidend gegenüber dem ganzen Berufsstand wirkte. Niemals wurde sich die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe bereitfinden, beratige Bedingungen einzugehen, sondern selbst einem tariflosen Zustand den Vortritt einzuräumen. Man möge die Buchdrucker nicht mit schlechtorganisierten Berufsgruppen auf einer Stufe stellen, sondern damit rechnen, daß sie trotz großer Arbeitslosigkeit mit voller Solidaritätsversicherung der Arbeitslosen, einem notwendigen Kampf um ihre Belange nicht aus dem Wege gehen. Nachdem schon am ersten Verhandlungstag, allerdings ohne Erfolg, die Rücknahme bestimmter Arbeitgeberforderungen verlangt wurde, ist dieser Umstand am 2. Verhandlungstage verschärft zum Ausdruck gekommen. Die letzte diesbezügliche Forderung lautete:

Die Gehilfenvertretung stellt fest, daß von ihr nicht in einseitiger Weise nur die Zurückziehung der Anträge des DBV. zu § 6 Ziffer 4 a bis d (Lohnklassen, Sparten- und Ortszuschläge) seines neuen Tarifentwurfs als Voraussetzung für einen Eintritt in die Verhandlungen über den materiellen Teil des Tarifs gefordert worden ist. Sie hat sich vielmehr bereit erklärt, gleichzeitig auch die von den Gehilfenorganisationen zu § 4 a und b des jetzigen Tarifs gestellten Anträge zurückzuziehen.

Wegen der in den Anträgen des DBV. zum § 6 seines völlig neuen Tarifentwurfs geforderten Lohnfestsetzungen müssen die Gehilfenverbände Verhandlungen über diesen Vertragsentwurf auch weiterhin ablehnen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gehilfen nach der durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 geschaffenen Lage lassen solche Verhandlungen nicht zu.

Die Arbeitgeberseite beantwortete diese Erklärung mit dem Hinweis, daß sie nach wie vor verlange, in die Einzelberatung einzutreten. Nachdem dies aber verweigert werde, bestehe keine Möglichkeit zur Fortführung der Verhandlungen. Der Antrag der Arbeitnehmerorganisationen, die Verhandlungen zu verlagern wurde mit dem Hinweis auf das Zentralschließungsamt abgelehnt. Die Verhandlungen wurden somit ergebnislos abgebrochen und der DBV. will das Zentralschließungsamt mit der Fortführung der Verhandlungen betrauen. Bei der bisherigen Einstellung ist kaum damit zu rechnen, daß durch die Schiedsstellen ein gangbarer Weg gefunden wird, zumal die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe nicht gewillt ist, einen weiteren Lohnabbau durch Änderung des Mantelvertrages und der Ortsklassen widerstandslos hinzunehmen.

Mit den Spezialbelangen für das Buchdruckereihilfspersonal wird man sich erst nach Klärung über den Gehilfenstatus befassen können. Interessant war auch der Unternehmerhinweis auf einen allgemeinen Tarif für die graphischen Berufe. Auch dieser Umstand gebe dem Arbeitgeberverband Anlaß zum Umbau der bisherigen Vertragsform.

Zur Lohnbewegung im graphischen Gewerbe an der Saar

Lohnabbau! Die bedrohte Bestände Deutschlands, das Saargebiet, ist von dieser Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auch nicht verschont geblieben. Nachdem die Unternehmer im Metall-, Keramik- und Baugewerbe einen Lohnabbau von 15 bis 20% durchgedrückt hatten, wurde mit dem Jahresanschluß auch der Lohn für die graphischen Berufe an der Saar gekündigt. Obwohl spätestens 14 Tage vor Ablauf des Tarifes die Verhandlungen für den Neuaufschluß beginnen sollen, wurde seitens der Unternehmer erst für den 4. Februar, also 4 Tage nach Ablauf des Tarifes, zu Verhandlungen eingeladen.

In der ersten Verhandlung gaben die Prinzipale bekannt, daß sie einen Lohnabbau von 20% für Buchbinder, neuausgelernte Setzer und Drucker, und einen solchen von 15% für die übrigen Arbeitnehmergruppen verlangen müßten. Diese Forderungen, die selbst vom dem Sprecher der Arbeitgeber als rigoros bezeichnet wurden, mußten die Vertreter der Arbeitnehmer als Verhandlungsgrundlage ablehnen.

Neue Verhandlungen fanden am 13. Februar vor der durch 3 Unparteiische erweiterten Saarkommission statt. Die Arbeitgeber begründeten ihre Forderungen mit der durch die letzte Notverordnung in Deutschland herbeigeführten niedrigen Lohnlage und mit den niedrigen Löhnen in Elsaß-Lothringen, wodurch die Konkurrenz unerträglich geworden sei. Außerdem könne der Lohn im graphischen Gewerbe, der im Verhältnis zu den übrigen Löhnen im Saargebiet zu hoch sei, auf die Dauer nicht gehalten werden.

Die Vertreter der Arbeitnehmer zerpflückten die einzelnen Behauptungen der Unternehmer gründlich. Mit allem Nachdruck erklärten sie, daß auf die Existenzhaltung der Familien der Arbeitnehmer genau so gut Rücksicht genommen werden müsse, wie auf die Existenzhaltung der Betriebe. Weiter gaben sie die Erklärung ab, daß sie eine unterfrüchtige Behandlung von Druckern und Buchbindern unbedingt ablehnen.

Da keine Einigung zu erzielen war, wurde ein Schiedsspruch mit den Stimmen der Arbeitgeber gefällig, der einen Lohnabbau von 5% für Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und von 7 1/2% für die gelerntten Arbeiter vorschlug. Erstmals sollte die neue Lohnregelung zum 1. April kündbar sein.

Abbruch der Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe

Die Manteltarifverhandlungen im Buchdruck haben am 15. März 1932, vormittags, in Berlin begonnen. Schon am 2. Verhandlungstage waren dieselben zum Scheitern verurteilt, weil unüberbrückbare Gegenstände zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter-Forderungen bestanden. Die große Arbeitslosigkeit in allen Berufen veranlaßt die Arbeitgeberverbände im allgemeinen, geradezu unglaubliche Forderungen bei der Revision von Verträgen zu stellen. Es war somit auch vorauszu sehen, daß auch der Deutsche Buchdrucker-Bereich der Hoffnung hingeben würde, der Arbeiterschaft besondere Berücksichtigungen zukommen zu können. Seine diesbezügliche Vorlage hat aber alle Erwartungen übertroffen und dem Fraß den Boden ausgeklagelt. Man glaubte die gegenwärtige Zeit für eine besonders günstige Konjunkturpolitik ausmachen zu können. Der DBV. hat in seiner Vorlage einen vollkommenen Tarifumbau vorgenommen und war dabei darauf bedacht, alle Bestimmungen mit irgendeinem materiellen Inhalt um 50 und mehr Prozent zu kürzen. Der ungeheure Eingriff durch Notverordnung in den Tariflohn und die vielfache Kürzung der Leistungszulagen erscheint ihm noch unzulänglich, weshalb seine ganze Taktik darauf gerichtet ist, der Arbeiterschaft auch in manteltariflicher Hinsicht ganz wesentliche Abzüge zuzumuten.

Es ist nicht angängig, die ganze Prinzipalvorlage zu behandeln, weshalb wir nur die wichtigsten Forderungen herausgreifen.

Auf dem Gebiete der Arbeitszeit (§ 3 des Tarifs) erstreben die Prinzipale Lösung aller Bindungen. Der Begriff der täglichen Arbeitszeit soll stark verwässert werden. Als Nachtarbeit sollen nur die Stunden von abends 9 bis morgens 6 Uhr gelten. Die Zuschläge für die Arbeitsstunden außerhalb der täglichen Arbeitszeit erfahren einen Abbau von rund 50 Prozent. Die Abänderung der Arbeitszeit einzelner Gehilfen soll nach Belieben zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich sein. Die Regelung der Kurzarbeit wollen die Prinzipale künftig ebenfalls von Tag zu Tag vornehmen. Jedenfalls müssen die Gehilfen nach diesen Anträgen den einzelnen Betrieben jederzeit auf Abruf bereitstehen, von einer regelmäßigen Arbeitszeit könnte dabei überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Zur Entlohnung und Lohnzahlung (§ 4 des Tarifs) stellen die Prinzipale den Antrag, daß es künftig zulässig sein soll, im Einzelarbeitsvertrag statt des Wochenlohnes einen entsprechenden Stundenlohn zu vereinbaren. Damit wollen sie auf trümmern Wege das Wochenlohnprinzip unterhöheln. Die Lohnklasseneinteilung soll nach Berufsjahren vorgenommen werden. Die Lohnklasse A (bisher bis zu 21 Jahren) umfaßt das zweite und dritte Berufsjahr, die Lohnklasse B (bisher von mehr als 21 bis 23 Jahre) umfaßt das vierte bis sechste Berufsjahr, während die Lohnklasse C (bisher über 23 Jahre) erst vom siebenten Berufsjahre ab rechnen soll. Für die Gehilfenchaft ist der Antrag völlig undistutabel durch den weiteren Antrag, daß als Berufsjahr nur solche Gehilfenjahre Geltung haben sollen, in denen der Gehilfe in einem Betriebe mindestens 6 Monate beschäftigt ist. Bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit und dem dadurch bedingten öfteren Wechsel der Arbeitsstelle könnte es Jahrzehntelange dauern, bis der Gehilfe in den Genuss des Spitzenlohnes käme. Es ist kaum anzunehmen, daß die Prinzipale sich die Tragweite dieser Forderung überlegt haben. Die Lohnspanne soll in den einzelnen Klassen jeweils um 25 Prozent erhöht werden, den Maschinenführerzuschlag will man gleich um 50 Prozent, von 20 auf 10 Prozent, kürzen und ebenfalls den Korrekturaufschlag von bisher 7 1/2 Prozent auf 5 Prozent. Weiter fordern die Prinzipale einen völligen Umbau der Ortszuschläge. Die Regelung der Höhe der Ortszuschläge soll innerhalb der Tarifstufen erfolgen, wobei die in anderen Gewerben

des betreffenden Ortes gezahlten Löhne maßgebend sein sollen. Bleiben solche Verhandlungen ohne Ergebnis, so soll den zuständigen Landesbehörden die endgültige Entscheidung übertragen werden. Rämien die Prinzipale damit zum Ziele, dann wäre der Charakter des Reichstarifs zerfallen. Eine mit den Grundfähden des Arbeitsrechts im Widerspruch stehende Regelung erstreben die Prinzipale auf dem Gebiet der Leistungszulagen. Diese sollen unabhängig vom gesamten Arbeitsvertrag aufgekündigt werden können. Der Arbeitslohn soll schließlich nicht mehr innerhalb der Arbeitszeit, sondern nach Beendigung der regelmäßigen Arbeitszeit zur Auszahlung kommen.

Auch die Feiertagsbezahlung (§ 5 des Tarifs) soll zurückgedraht werden. Bisher durfte für 8 Feiertage kein Lohnabbau erfolgen, während nach dem Antrag der Prinzipale künftig nur 5 Feiertage nicht abzugessig sein sollen. Der Zuschlag für die regelmäßige und die nicht regelmäßige Sonntags- oder Feiertagsarbeit (§ 6 des Tarifs) soll in jeder Position einfach um 50 Prozent gekürzt werden. Die im § 6 Ziffer 7 festgelegte Antrittsgebühr für sogenannte Montagszeitungen wollen die Prinzipale völlig beseitigen.

Wesentliche Verschlechterungen sind auch den Bestimmungen für Überstunden (§ 8 des Tarifs) zugebracht. Überstunden sollen nur solche Arbeitsstunden sein, die über die 48tündige Wochenarbeitszeit hinausgehen, während bisher auch bei Kurzarbeit alle über die jeweils vereinbarte Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden als Überstunden galten. Den gestaffelten Zuschlag für die Überstunden will man beseitigen und dafür einen einheitlichen Zuschlag von 20 Prozent schaffen.

Der Urlaub (§ 10 des Tarifs) soll von 12 auf 6 Arbeitstage herunterkommen. Dazu plant man noch eine Vorerlegung des Stichtages vom 1. August auf den 15. April. Ehe die erste Staffel des Urlaubs von 3 Arbeitstagen erreicht wird, soll künftig eine Betriebszugehörigkeit von einem Jahre nachgewiesen werden, während bisher ein halbes Jahr genügte. Das Prinzip der Betriebszugehörigkeit soll aus den Urlaubsbestimmungen ganz beseitigt werden.

Die Lehrsingsbestimmungen (§ 23 des Tarifs) sollen gleichfalls den „wirtschaftlichen Verhältnissen“ angepaßt werden. Die Lehrsingsstala wird erweitert und das Kostgeld abgebaut.

Die Forderungen der Gehilfenorganisationen waren auf ein Mindestmaß beschränkt, zumal im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum Aussichten auf nennenswerte Erfolge bestehen.

Die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Bereichs suchten nachzuweisen, daß der in ihrer Vorlage vorgeschlagene Umbau lediglich einer leichteren Übersicht dienen solle, damit auch Außenstehende und Gerichtsbehörden sich besser zurecht finden könnten. Die Forderungen seien von der Mächtigkeit getragen, die Betriebe wieder lebensfähig zu gestalten und den Auftragsmangel zu beheben. Eine Generaldebatte erachte man kaum für zweckdienlich, sondern es sei ratsam, direkt in Einzelberatungen einzutreten und mit dem § 1 zu beginnen.

Von Arbeitnehmerseite wurde der Eintritt in eine Generaldebatte erzwungen und dargelegt, daß nur der bisherige Vertrag als Verhandlungsgrundlage dienen könne. Die Arbeitgebervorlage sei so lange undistutabel, bis ihr die stärksten Gitzähne entnommen wären. Über einen eventuellen Umbau des Vertrages könne man erst dann reden, wenn im allgemeinen eine Verständigung über die materiellen Momente des Vertrages erzielt sei. Da es sich aber immer stärker herausstellte, daß die Prinzipale aus der Unangunst der Verhältnisse zu profitieren suchten, wurde die Debatte zusehens schärfer. Man nannte die Vorlage ein Scheusal und drückte aus, daß sie

Mit Rücksicht auf die hohen Lebenshaltungskosten, die 10 bis 15% über den Lebenshaltungskosten des Reiches liegen, und mit Rücksicht auf die kurze Laufdauer wurde der Spruch von den Gewerkschaften einmütig abgelehnt.

Die nun einsetzenden Bemühungen der Unternehmer, die Arbeiterkraft durch Kündigungen zu verwirren, brachten nicht den erhofften Erfolg. Um den Ausbruch des offenen Kampfes zu verhüten, wurden durch Herrn Minister Kogmann von der Saarregierung neue Verhandlungen angebahnt, die zu einem neuen Spruch führten, der von beiden Vertragsparteien angenommen wurde.

Dieser neue Spruch sieht einen Abbau der Hilfsarbeiterlöhne um 5% und einen Abbau der Drucker-, Seher- und Buchbinderlöhne um 6% vor. Die neue Lohnregelung ist erstmals lünderbar zum 1. Juni 1932. Ab 24. Februar gilt demnach folgende

Lohntabelle für das Saargebiet

Wochenlöhne für Gehilfen (Buchbinder, Buchdrucker und Seher):

Table with 4 columns: Lohnklasse, Lohnklasse A bis 21 Jahre, Lohnklasse B 21-23 Jahre, Lohnklasse C über 23 Jahre. Values range from 217,25 frs. to 294,30 frs.

Wochenlöhne für männliche Hilfsarbeiter:

Table with 5 columns: Lohnklasse, 17-19 J., 19-21 J., 21-24 J., über 24 J. Values range from 154,55 frs. to 208,80 frs.

Wochenlöhne für Hilfsarbeiterinnen:

Table with 3 columns: Lohnklasse, 17-19 J., 19-21 J., über 21 J. Values range from 116,10 frs. to 146,85 frs.

Während des Ausbildungsjahres, unter 17 Jahre alt, pro Woche.

Table with 4 columns: Alter, Hilfsarbeiter, Hilfsarbeiterin, Angelerntinnen. Values range from 92,55 frs. to 144,75 frs.

Mit weniger als einjähriger Berufstätigkeit, über 17 Jahre alt.

Table with 3 columns: Alter, Hilfsarbeiter, Hilfsarbeiterinnen. Values range from 144,75 frs. to 153,40 frs.

Die Frauen- und Kinderzulage für Hilfsarbeiter und Facharbeiter beträgt pro Woche:

Frauenzulage 8 frs., Kinderzulage 2 frs. für jedes Kind unter 14 Jahren.

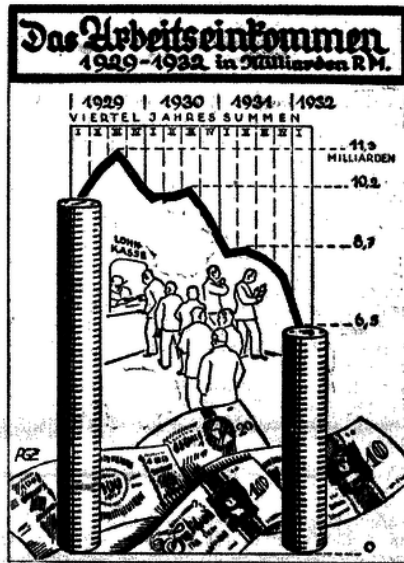
Vergleicht man den Abbau der Löhne im graphischen Gewerbe mit dem Lohnabbau in anderen Berufen an der Saar, dann zeigt sich erneut, daß überall dort, wo die Arbeiterkraft glaubt ohne Organisation besser zu fahren, die Arbeitgeber ihre Wünsche mühelos durchsetzen können.

So muß es auch in Zukunft bleiben. Am 1. Juni 1932 steht uns eine neue Kraftprobe bevor. Noch wissen wir nicht, wie sie ausgeht, aber eines wissen wir: Wir wollen unser Recht verteidigen, dann dürfen wir nicht ungerührt dastehen. Sorgen wir dafür, daß bis dahin die Reihen reiflos geschlossen sind und kein Kollege, keine Kollegin abseits steht.

Allgemeine Rundschau

Das Arbeitseinkommen um 43 Prozent gesunken! Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem neuesten Vierteljahresbericht eine bemerkenswerte Schätzung des Arbeitseinkommens in Deutschland. Bei einer Zusammenfassung der Einkommensausfälle durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau beziffert das Institut das gesamte Arbeitseinkommen in Deutschland für das erste Vierteljahr 1932 nur noch auf 6,5 Milliarden RM. Da in der letzten Konjunkturperiode (Herbst 1929) bereits ein Vierteljahreseinkommen von über 11 Milliarden RM. erreicht war, beträgt der Einkommensausfall der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nunmehr fast 43 v. H. Diese von dem Institut wahrscheinlich sehr vorsichtig geschätzte Größenordnung zeigt eindringlich, wie stark die arbeitnehmenden Schichten von der Krise betroffen wurden.

neue Steuerbelastung der letzten Jahre recht drückend in jedem Arbeitnehmerhaushalt. Besonders heftig haben die Industriearbeiter unter dem Einkommensverlust zu leiden, da bei ihnen die Kurzarbeit stark ins Gewicht fällt. Das Institut für Konjunkturforschung weist darauf hin, daß der Verbrauch in der letzten Zeit größer war als das aus dem Produktionsprozeß fließende Einkommen zuleh. Vielfach sind Einlagen von Sparkassen oder von Banken abgezogen und zur Anschaffung von Dauer- (Hausrat, Ausstattungsgegenstände) verwendet worden. Hierdurch erklärt es sich auch, daß die Umsätze des vierten Vierteljahres 1931 keineswegs so katastrophal zurückgegangen sind wie das Einkommen. Die Umsätze liegen übrigens auch seit 2 Jahren über der industriellen Produktion. Mit anderen Worten: die Erzeugung hat sich derart eingeschränkt, daß sie den laufenden Bedarf bereits erheblich unterkreuzt. Seht man industrielle Produktion und Umsätze für das Jahr 1928 mit 100 an, so war die industrielle Produktion im Jahre 1931 auf 70 v. H. und der Umsatz auf 94 v. H. gesunken. Sonderbarerweise verzichtet das Institut für Konjunkturforschung diesmal auf eine Schätzung der Einkommen aus Kapitalbesitz, Landwirtschaft und Unternehmerstätigkeit. Eine derartige Untersuchung wäre gerade angebracht



der starken Rückgänge des Arbeitseinkommens hochinteressant gewesen, denn ohne Zweifel hätte sich in Beziehung zum Volkseinkommen eine relative Vergrößerung der nicht aus einem Arbeitsverhältnis fließenden Einkommen ergeben.

Die christlichen Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung. Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nahm in seiner Sitzung vom 16. März 1932 zu der Frage der Arbeitsbeschaffung erneut Stellung. Bereits vor 2 Jahren haben die christlichen Gewerkschaften eine Reihe Vorschläge außen- und innenpolitischer Art zur Behebung und Erleichterung der Wirtschaft gemacht. Im nachfolgenden werden diese Vorschläge, soweit sie noch nicht verwirklicht sind und unter Hinzufügung neuer, sich aus der veränderten Gesamlage ergebender Anregungen, unterbreitet.

a) Außenpolitisch:

- 1. Beseitigung der politischen Verhinderung der Staaten unter sich. Beseitigung der Kriegszulage.
2. Bekämpfung der Abschnürung der deutschen Ausfuhr. Förderung des Exports unter Berücksichtigung des notwendigen Schutzes der heimischen Arbeit.
3. Festhalten der Auslandskredite für produktive Zwecke zu günstigeren Bedingungen. Umwandlung der kurzfristigen Auslandskredite in langfristige.

b) Innenpolitisch:

- 1. Die private Unternehmungslust, Initiative und Investitionsfreudigkeit mit allen brauchbaren Mitteln wecken und unterstützen.
2. Auf die noch zu hohen Zins- und Provisionsätze sowie auf die zu hohen Zinsplanen planmäßig weiter drücken. Den Kapitalmarkt erleichtern, die gehämerten Noten wieder in den Verkehr bringen.

3. Die notwendige Kreditausweitung auf die am wenigsten bedenkliche Weise, ohne die Währung zu gefährden, vornehmlich. Erleichterung bei der Hereinnahme von Warenwechseln durch die Reichsbank. Schaffung eines Überbrückungskredits für die sofortige Hereinnahme von Auslandsaufträgen. Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, um auch dadurch Mittel für wirtschaftliche Zwecke freizumachen.

4. Die mittleren und kleinen Betriebe bei der Kreditgewährung stärker als bisher berücksichtigen, besonders wenn sie entsprechende Aufträge haben.

5. Durchführung einer Arbeitsbeschaffungs politik durch öffentliche Arbeiten, soweit sie im Interesse der Gesamtheit liegt und es sich um zusätzliche Arbeiten oder um solche Arbeiten handelt, die nötig sind, sonst aber nicht ausgeführt würden. (Reichsbahn, Reichspostaufträge, zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch Kommunen, Straßenreinhaltung, landwirtschaftliche Meliorationen, Hausreparaturen, Wohnungsstellungen usw.)

6. Verstärkte Siedlungsstätigkeit (Landarbeiterfiedlung, Landarbeitereigenheimbau, Stadtrandfiedlung, Kleingartenfiedlung).

Ausdehnung und stärkere finanzielle Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Förderung des soliden Bauwesens zur Unterstützung des Eigenheimbaues und Belebung des Baumarcktes.

7. Eindämmung sinnloser Bevorratung ausländischer Waren durch zweckentsprechende Aufklärung der Verbraucherkreise, vor allem auch der Hausfrauen.

8. Stärkere Durchführung des Krümpersystems.

9. Maßnahmen gegen überlange Arbeitszeiten und Mehrschichteneinweilen.

Der Bundestag der Bodenreformer ist auf den 16. bis 20. Mai nach Danzig einberufen. Er wird sich mit Fragen der Steuerreform, der Überwindung der Arbeitslosigkeit und landwirtschaftlichen Fragen befassen. Als Ausklang ist ein Vortrag auf der historischen „Marienburg“ über „die Finanzpolitik des Deutschritterordens“ vorgesehen.

Auskunft erteilt: Bund Deutscher Bodenreformer, Berlin W 87, Seiffingstr. 11.

Aus den Ortsgruppen

Mherleben. Am 5. März 1932 hielten wir unsere Jahreshauptversammlung ab. Vorsitzender, Kollege Barth, eröffnete die Versammlung, begrüßte die fast vollständig erschienenen Mitglieder und erstattete sofort den Jahresbericht. Die Ortsgruppe trat mit frischem Mut in das vergangene, schwere Jahr ein und suchte in gehem Ringen vorwärts- und aufwärtszukommen. Als Erfolg dieser Arbeit konnte ein beachtlicher Mitglieder gewinn gebucht werden. Neben den Werbemaßnahmen wurde in besonderen die Wohnsitzung und der Sängersungsbau eingehend besprochen.

Die anschließende Neuwahl fiel einstimmig auf den bisherigen bewährten Vorstand: Kollege R. Barth, 1. Vorsitzender, Kollege E. Knöche, Kassierer. Troßdem Kollege Barth erst von einer schweren Krankheit genesen ist, erklärte er sich bereit, auch im neuen Jahre seine Kraft in den Dienst der Kollegenchaft zu stellen.

Nachdem noch die Bücher kontrolliert waren, blieb anschließend noch ein Stündchen für den gemächlichen Teil, zu dem auch die Damen eingeladen waren. Bei Kaffee und Kuchen und freundschaftlich kollegialen Beisammensein verging die Zeit im Fluge. Die Versammlung schloß mit dem Bekenntnis, in Treue miteinander zu arbeiten und im neuen Jahre alle Kraft einzusetzen für eine weitere Erklarung der Ortsgruppe.

Barmen. Am 24. Februar 1932 fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. An derselben nahm auch Bezirksleiter Kollege Schmidt, sowie der Vorsitzende der Elberfelder Ortsgruppe, Kollege Gerk, teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sihen das Andenken der verstorbenen Kollegin Döhlen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden, Kollegen Lautenschläger, ist zu entnehmen, daß das Jahr 1931 der Ortsgruppe viel Arbeit gebracht hatte. Mit Hilfe des Schlichters ist es den Arbeitgebern gelungen, einen billigen Tarif zu bekommen. Es sei nun leider so, daß in tariflicher Hinsicht die Kollegenchaft in Wuppertal auf sich allein gestellt sei. Daraus sei nur die eine Nutzenwendung zu ziehen: alles daran zu setzen, um die Ortsgruppe durch Gewinnung von neuen Mitgliedern zu stärken und in engerer Gesellschaft für Besserung der örtlichen Tarifgestaltung alle Kräfte einzusetzen. Dem Kassierer wurde nach Bekanntgabe des Kasernenberichtes einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf nahm Kollege Schmidt das Wort. Er dankte dem Vorstand und den Vertrauensleuten für die geleistete Arbeit im verflossenen Jahre. Ausgehend vom Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes zeigte er die Gefahren auf, die der Arbeiterkraft von den radikalen Parteien von rechts und links drohen. Es sei keine Verletzung der politischen Neutralität, sondern Selbsthaltungstrieb, wenn die Gewerkschaften sich mit allen

Mitteln gegen diejenigen unverantwortlichen Gruppen und Parteien zur Wehr setzen, welche sich im Streben, die Macht in die Hand zu bekommen, gegen Arbeiterschaft und Gewerkschaften einstellten. Alle, die sich erkühnten, die Rechte der Arbeiterschaft irgendwie anzugreifen, seien als Gegner schärfstens zu bekämpfen.

Von den ausstehenden Vorstandsmittgliedern wurde Kollege Lautenschlager als 1. Vorsitzender, Kollege Dichtel als 1. Kassierer sowie die Kollegen Schlüter und Holler wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden gewählt als 1. Schriftführer Kollege Delriva, als 2. Schriftführer Kollege Meyer, ferner die Kollegen Schlüter, Holler und die Kollegin Rupperts.

Unter Punkt Verschiedenes machte der Vorsitzende aufmerksam auf die wöchentlich vom Kartell angelegten Verammlungen für Arbeitslose, ferner auf die Änderungen der Verbandsauftragungen. Nachdem noch einige Fragen über die Bürgersteuer beantwortet waren, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung. S. D.

Bielefeld. Unsere Generalversammlung am 14. Februar wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Ohlig, mit besonderen Begrüßungsworten an Bezirksleiter, Kollegen Rembügler und Kollegen Herbst vom Gutenberg-Bund eröffnet. Geschäfts- und Kassenbericht, vom Vorsitzenden erstattet, gaben ein klares Bild emflger gewerkschaftlicher Arbeit. Trotz der Krise und der nur fassonmäßigen Arbeitsmöglichkeiten am hiesigen Plage nahm der Mitgliederstand eine günstige Entwicklung. Der Kassenbericht zeigte, daß die Kasse in den Händen unseres Vorsitzenden gut verwaltet war. Nach erfolgtem Revisionsbericht durch Kollegen Fust wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

In der Vorstandswahl wurde zur Ergänzung des Vorstandes der Kollege Fust als 2. Vorsitzender neu hinzugewählt, im übrigen erfolgte Wiederwahl.

Kollege Rembügler gab sodann einen Rückblick auf das Jahr 1931. Er streifte in kurzen Zügen die inner- und außenpolitischen Geschehnisse des vergangenen Jahres. Das Jahr 1931 sei eines der schwersten, welches wir bisher in unserer Bewegung und in der gesamten Wirtschaft durchlebt haben. Mit großem Interesse wurden besonders seine Erläuterungen der Vorgänge auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der währungsstechnischen Fragen aufgenommen. Aufreißend und begeisternd wirkte seine Mahnung am Schluß: die Treue und die Verbundenheit dem Verbands auch in der Notzeit zu erhalten und Vertrauen untereinander zu bewahren. Jol.

Cleve. Am 4. März 1932 hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, zu der die Mitglieder fast reiflos erschienen waren. Unser Kollege Schmitz verstand es, durch einen sehr interessanten Vortrag: „Wo stehen wir als deutsche Arbeiterbewegung?“, die Mitglieder zu fesseln. Einige frühere Mitglieder erklärten daraufhin den Wiedereintritt. Den Kassenbericht gab Kollegin Claassen. Die Versammlung sprach ihr für die geleistete Arbeit den Dank aus und erteilte einstimmig Entlastung.

In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Büttlings als Vorsitzender, Kollegin Claassen als Kassiererin, Kollege Peters als Schriftführer, Kollegin Diedenhöfen und Kollege Nielsen als Beisitzer.

Aus der anschließenden Aussprache über die Lage am Orte ging hervor, daß die Geschäftslage etwas besser ist als Ende 1931. Die Generalversammlung hat gezeigt, daß alle Mitglieder, trotz dieser schweren Zeit, treu und fest zum Verbands halten. Mit dem Wunsche, daß dies auch in Zukunft so bleiben möge, schloß der neugewählte Vorsitzende die Versammlung.

Hamm. Reiflos waren die Mitglieder zur Generalversammlung am 13. Februar erschienen. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Hermann Köppling, erfolgte der Geschäfts- und Kassenbericht. 1931 fanden hier 4 Versammlungen statt. Daneben eine Ortsgruppenveranstaltung für die Angehörigen der Mitglieder. In den Veranstaltungen des Bezirks und des Kartells nahmen wir regen Anteil. Mit dem Ortsverein des Gutenberg-Bundes war die Zusammenarbeit sehr gut. Betriebliche Differenzen konnten durch gemeinsames Vorgehen zu unserer Zufriedenheit erledigt werden. Die Kassenberichte wurden durch Kollegen Josef Balzer gut erledigt. Die Kassa zeigte einen Bestand von 224,63 RM., wovon allerdings ein größerer Betrag festliegt und für uns noch nicht greifbar ist. 1931 hatten wir erstmals hohe Beträge für Unterstützungszwecke aufzuwenden. Trotzdem konnten wir der Zentralkasse noch 1340,88 RM. überweisen. — Die Vorstandswahl brachte keine Änderung in der Leitung. Vorsitzender ist Hermann Köppling, Kassierer und Schriftführer Josef Balzer. — Bezirksleiter Kollege Rembügler hielt sodann einen sehr interessanten Vortrag: „Rückblick und Ausblick“, welcher starke Beachtung fand. Betriebsratsvorsitzender Kollege Knickenberg behandelte noch einige wichtige betriebliche Angelegenheiten. So vertief und endete unsere Generalversammlung in

der besten Weise. — Das Jahr 1932 soll uns wie bisher einig und geschlossen sehen, dann werden wir unsere Aufgaben im guten Sinne erfüllen können.

Nordhorn. In der Nordwestecke unseres Vaterlandes beginnt es sich zu regen. Schon viel zu lange hat die hiesige Kollegenschaft der Firma Linde fast resigniert abgestanden und zugesehen, wie ihr eine Position nach der anderen genommen wurde. Die Firma Linde ist Kartonnagenfabrik mit einer langjährigen, sehr gut eingearbeiteten Arbeiterschaft. Wer aber des Glaubens sein sollte, daß diese Firma in etwa wenigstens ihren Mitarbeitern Dank wüßte, der ist auf dem Holzwege. Rigoros stellt man sich gegen die Arbeiter ein, die Tarifrechte werden buchstäblich mit Füßen getreten. Standesbewusste Arbeiter, welche einmal versuchen würden, allein ihr Recht zu fordern, wären recht bald aus dem Betriebe als Störenfriede und Heber herausgedrängt.

Daß die Arbeiterschaft durch ihre Resignation selbst mit Schuld an solchen Zuständen ist, muß der Ehrlichkeit halber erwähnt werden. Der größte Teil der Beschäftigten wollte bisher die Notwendigkeit und den Nutzen der Gewerkschaft noch nicht einsehen. Man „partete“ den Beitrag und — zahlte dafür das Bißfische an den Unternehmer in Form von untertariflichen Löhnen. Man opferte das Mitbestimmungsrecht und sein Selbstbewußt sein, leistete für ein paar freundliche Worte dem Unternehmer handlangerdienste, zum eigenen großen Schaden.

Das brauchte nicht so sein, wenn die Kollegenschaft einig und geschlossen in unserem Verbands stehen würde. Daß sich diese Selbstbestimmung nun anbahnt, bewies eine Versammlung am 7. März 1932, in welcher Kartellvorsitzender Kollege Zähler und Bezirksleiter Kollege Rembügler sprachen. Die Aussprache zeigte unhaltbare Zustände in diesem Musterbetrieb. Alle Anwesenden waren der Ansicht, daß es so auf keinen Fall weitergehen kann. Durch den Anschluß an unseren Verband will man mithelfen, auch in diesem Betriebe Ordnung und tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Die Firma ist glänzend beschäftigt und verdient sehr gut, auf Kosten der Arbeiterschaft. Mit leeren Redensarten wie „Nichts verdienen“ und den „Betrieb zumachen“ kann man über Laifachen nicht hinwegtäuschen.

Für die gesamte Belegschaft kommt es nun darauf an, sich sofort und reiflos bei uns zu organisieren. Opferbereitschaft und Stetigkeit ist eben Vorbedingung zum praktischen Arbeiten. Die Arbeiterschaft darf nicht ihre eigene Sache durch schöne Reden des Unternehmers wieder aus dem Auge verlieren und ihre Rechte widerstandslos preisgeben.

Kolleginnen und Kollegen der Firma Linde! Zeigt endlich Standesbewußtsein, schließt euch reiflos in unserem Graphischen Zentralverband zusammen. Spart nicht mehr am falschen Ende. Zahlt freudig und gern den Gewerkschaftsbeitrag, er wird sich doppelt und dreifach verzinsen. Anmeldungen für unseren Verband nimmt das Sekretariat des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter, Friedrich-Ebert-Straße 58 entgegen. Dieses steht euch auch zu jeder Zeit und in allen Fragen beratend und helfend zur Seite.

Rheidi. Am 18. Februar fand im Bahnhofshotel unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Brungsberg, stellte bei Eröffnung der Versammlung fest, daß der Besuch nicht so sei, wie er erwartet hätte. Es sei bedauerlich, daß ein großer Teil der Mitglieder noch immer nicht den Ernst der Zeit erfaßt hätte. Aus seinem klaren und übersichtlichen Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß unsere Ortsgruppe besonders schwer unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden hatte. Augenblicklich sei wohl kein Mitglied voll beschäftigt. Der anschließende Kassenbericht des Kollegen Rupperts ergänzte dieses traurige Bild. Allein an zentraler Arbeitslosenunterstützung wurden 4817,50 Reichsmark gezahlt. Die Zahl der Vollerwerbslosen beträgt zur Zeit 51 Mitglieder.

Erläuterungsweise wurden bei dieser Sachlage auch große Anforderungen an die Vorkasse gestellt. Aus diesem Grunde wurde auch von den sonst üblichen geselligen Veranstaltungen Abstand genommen.

Die Vorstandswahl ergab einmütige Wiederwahl des alten Vorstandes. Zum Schluß machte Kollege Schmitz noch einige Ausführungen über die Beitragsregelung und beantwortete verschiedene Anfragen. Die Generalversammlung beschloß, für die Folge regelmäßige Monatsversammlungen an festgelegten Tagen durchzuführen. Kollege Brungsberg dankte nochmals allen, die ihre Kraft in den Dienst der guten Sache gestellt hatten und schloß mit einem Glückwunsch im kommenden Jahre die gut verlaufene Generalversammlung. B. G.

Saarbrücken. Eines sehr guten Besuches erfreute sich unsere Generalversammlung am 22. Februar im Kolpinghaus. Nach Begrüßung der Mitglieder gab der Vorsitzende, Kollege Kientopp, den Jahresbericht. Er konnte mit Freuden feststellen, daß trotz des hinter uns liegenden Krisenjahres die Mitgliederzahl gesteigert werden konnte. Innerhalb der Ortsgruppe hätte immer frisches Leben pulsiert. Der Kassenbericht gab ein Bild

geordneter Kassenverhältnisse. Anschließend gab der Vorsitzende Bericht über die wirtschaftliche Notlage im Berufe und die gegenwärtigen Lohnverhandlungen im Saargebiet. In verschiedenen Berufszweigen brachten dieselben einen empfindlichen Abbau. Daher gilt es sehr, in fester und treuer Zusammenarbeit den Generalan Sturm abzuwehren zu helfen.

Bei der anschließenden Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Als Beisitzer wurden hinzugewählt Wilhelm Beckmann und Peter Geber. Im Namen des Vorstandes dankte Kollege Kientopp für das ausgedrückte Vertrauen und bat alle Mitglieder, noch fester die Reihen zu schließen. Keinesfalls dürfen wir uns von der Schwere der Zeit unterkriegen lassen, denn 1932 heißt es noch mehr wie bisher: Kämpfen sein. Zum Schluß wurde noch u. a. beschlossen, eine Kasseipartasse zu bilden. Die Verwaltung hat Kassierer, Kollege Hoffmann, übernommen. D. R.

Aus den Berufen

Tarifbindung

Der Reichsmanteltarif für das Buchbindergewerbe (BDB-Vertrag) ist vom Arbeitgeberverband zum 30. Juni 1932 aufgekündigt. Abänderungsanträge sind bis spätestens 15. Mai gegenständig einzureichen. Mit der Kündigung des Manteltarifs ist auch jene des Reichsattortarifs verbunden.

Bekanntmachung!

Die vertragsschließenden Organisationen vereinbaren hiermit, daß in Betrieben, in denen in der Karwoche und in der Osterwoche kurz gearbeitet (auch tage- oder wochenweise ausgekehrt) wird, den Arbeitnehmern derjenige Lohn zu zahlen ist, der ihnen zustehen würde, wenn in die Lohnwochen vom 19. bis 25. März und vom 26. März bis 1. April 1932 keine Feiertage gefallen wären.

Eine Verlegung arbeitsfreier Tage zum Zwecke der Umgehung der Feiertagsbezahlung ist in den Feiertagswochen unzulässig.

Berlin, den 18. März 1932.

Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.

gez.: Albert Frisch. gez.: Dr. Wolf.

Verband der Deutschen Buchdrucker

gez.: Otto Krauß. gez.: Richard Barth.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands

gez.: E. Bucher. gez.: Ernst Hornke.

Gutenberg-Bund

gez.: Paul Thranert.

Graphischer Zentralverband.

S. H. E. Bernoth.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Geld sandten ein bis 21. März 1932: St. Ingbert, Reimel, Sauban, Kösting, Karlsruhe, Kassel, Regensburg, Brestau, Stuttgart, Berlin, Bonn, Essen, Rudolfsb., Dessau, Dülmen, Uferrheide, Hürdenberg, B. Gladbach, Dresden.

Materialeinsendung. Das Abrechnungsmaterial für 1. Vierteljahr 1932 ist allen Ortsgruppen zugeleitet. Sollte eine Einsendung nicht eingetroffen sein, erbiten wir umgehende Nachricht.

Arbeitslosenstatistik. An persönliche Einblendung und sorgfältige Bearbeitung der Berichtsarten wird hiermit ermahnt.

Alle Adressenänderungen, sowie Änderungen der Zeitungsbestellungen bitten wir auf den der Abrechnungen beigelegten Beisetzungen zu vermerken.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Unserem lieben Kollegen

Emil Hees

die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 40jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma v. Vohr.

Ortsgruppe R. Gladbach

Unserer lieben Kollegin

Hildegard Wshoff

nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsgruppe Wuppertal-Barmen